



Wöchentliche Steuernachrichten (Tax-News) 20. März 2023

ETAF veröffentlicht Jahresbericht 2022

Die European Tax Adviser Federation (ETAF) hat am 16. März ihren Jahresbericht veröffentlicht. Der Schwerpunkt liegt auf der Arbeit an dem bevorstehenden Legislativvorschlag zur Bekämpfung der Rolle von "Enablern" (Vermittlern), die Steuerhinterziehung und aggressive Steuerplanung erleichtern ("Securing the Activity Framework for Enablers" oder SAFE), dem Anti-Geldwäsche-Paket, der Durchführungsrichtlinie für den 2. Vorschlag für eine Richtlinie zur Verhinderung des Missbrauchs von Briefkastenfirmen zu Steuerzwecken (UNSHELL), das Paket "Mehrwertsteuer im digitalen Zeitalter", der Vorschlag für einen Freibetrag zur Verringerung der Verschuldungsquote (DEBRA) und ein künftiges gemeinsames EU-weites System für die Quellensteuer auf Dividenden- oder Zinszahlungen. "Die ETAF ist - und wird - der europäische Anwalt der regulierten Steuerberater gegenüber den europäischen Institutionen sein. Wir setzen uns für angemessene und ausgewogene Steuervorschriften ein, unterstützen die Modernisierung des internationalen Steuersystems und verteidigen starke, unabhängige und regulierte Steuerberufe in Europa", sagte ETAF-Präsident Philippe Arraou.

BStBK-Umfrage zur Regulierung der steuerberatenden Berufe in Europa

Von Juni 2022 bis Januar 2023 führte die Bundessteuerberaterkammer (BStBK), eine europaweite Umfrage zur Regulierung der steuerberatenden Berufe in Europa durch. Beteiligt haben sich 23 Berufsorganisationen aus 21 Ländern. Ziel der Umfrage war es, ein umfassendes Bild über die bestehende Landschaft der berufsrechtlichen Regelungen in Europa zu erhalten, um Überschneidungen und Gemeinsamkeiten zu identifizieren.

Die teilnehmenden Organisationen wurden zu den allgemeinen Berufsmerkmalen, den Bedingungen für den Berufszugang, den Organisationsstrukturen, den bestehenden Registrierungsanforderungen, den Rahmenbedingungen für die Berufsausübung, den Berufspflichten sowie der Aufsicht und möglichen Sanktionen befragt. Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass die Landschaft der steuerberatenden Berufe in Europa sehr breit und differenziert ist. Allerdings haben die Autoren auch festgestellt, dass es in vielen Ländern mehr Regulierungssysteme gibt als oft angenommen. Die untersuchten Regulierungsansätze reichen von der (freiwilligen) Mitgliedschaft in einer Berufsorganisation, die in der Regel ein bestimmtes Ausbildungsniveau und die Einhaltung eines beruflichen Verhaltenskodexes voraussetzt, über den Schutz eines Titels oder einer (gesetzlichen) Lizenz bis hin zur Beschränkung der steuerberatenden Tätigkeit auf einen bestimmten Beruf. Die Ergebnisse sollen in die aktuelle öffentliche Diskussion um die Regulierung des steuerberatenden Berufs in Deutschland sowie auf europäischer und internationaler Ebene einfließen.

Ergebnisse des Rates für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN)

Die EU-Finanzminister trafen sich am 14. März in Brüssel, um zu erörtern, wie die Fazilität für Konjunkturbelebung und Krisenbewältigung und „REPowerEU“ angesichts der hohen Inflation und der Unterbrechung der Versorgungskette einen wirksamen Beitrag zur grünen Transformation leisten und die Unabhängigkeit Europas von russischen Energiequellen gewährleisten können. Sie tauschten sich auch über die wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen der russischen Aggression gegen die Ukraine aus. Darüber hinaus einigte sich der EU-Rat auf Schlussfolgerungen zu den Leitlinien für eine Reform des wirtschaftspolitischen Rahmens der EU. Die Schlussfolgerungen enthalten Bereiche, in denen die Mitgliedstaaten übereinstimmen, sowie Bereiche für die weitere Arbeit an einem reformierten Rahmen. Auf der ECOFIN-Tagung wurden keine Steuere dossiers erörtert.

Mehr als 130 Europaabgeordnete und Vertreter der Zivilgesellschaft fordern eine globale Steuer auf extrem hohe Vermögen

Mehr als 130 Mitglieder des EU-Parlaments, Wirtschaftswissenschaftler, Millionäre und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) forderten am 14. März die OECD und die UNO auf, eine Verhandlungsrunde über die Besteuerung von extremem Reichtum einzuleiten. Die Stellungnahme wurde von der französischen Europaabgeordneten Aurore Lalucq und dem französischen Wirtschaftswissenschaftler Gabriel Zucman verfasst und auf Französisch in Le Monde und auf Englisch in Agence Europe veröffentlicht. Darin wird die Einführung einer progressiven Steuer auf den Reichtum von Superreichen gefordert, um die Ungleichheiten zu verringern und gleichzeitig die notwendigen Investitionen für den ökologischen und sozialen Übergang zu finanzieren.

136 Länder und Gerichtsbarkeiten haben sich bereits im Rahmen der OECD darauf geeinigt, dass für multinationale Unternehmen ein Mindeststeuersatz von 15 % gelten soll. Kurze Zeit später verabschiedete die EU eine Richtlinie, um diesen Mindeststeuersatz auf europäischer Ebene wirksam umzusetzen. Was wir für die multinationalen Unternehmen erreicht haben, müssen wir nun auch für die sehr wohlhabenden Privatpersonen erreichen", heißt es in der Stellungnahme.

OECD veranstaltet öffentliche Konsultationssitzung zu den Aspekten der Einhaltung von Vorschriften zu Säule II

Am 16. März veranstaltete die OECD eine öffentliche Konsultationssitzung zu den Aspekten der Einhaltung der Vorschriften und der Steuersicherheit bei der globalen Mindeststeuer (sogenannte Säule II). Bei dieser Gelegenheit äußerten die Interessengruppen allgemeine Bedenken zu den Regeln der 2. Säule, wobei einige Berichten zufolge die Veröffentlichung zusätzlicher administrativer Leitlinien forderten. Viele Interessenvertreter sprachen sich für einen verbindlichen Streitbeilegungsmechanismus aus, der ein multilaterales Übereinkommen erfordern würde. Andere sprachen sich dafür aus, die bestehenden Instrumente im nationalen Recht und in Verträgen zu verbessern, um Streitigkeiten auf einer vorläufigen Basis zu lösen. In Bezug auf die GLOBE-Informationsmeldung wurde häufig auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Anzahl der Datenpunkte zu vereinfachen und so weit wie möglich zu reduzieren. Viele Interessengruppen forderten auch eine zentrale Anlaufstelle für die Einreichung der Meldungen.

Neue Leitlinien der Financial Action Task Force on Money Laundering (FATF) zum wirtschaftlichen Eigentum von juristischen Personen

Im März 2022 einigte sich die FATF in ihrer Empfehlung auf strengere globale Standards für wirtschaftliches Eigentum, indem sie die Länder aufforderte, sicherzustellen, dass die zuständigen Behörden Zugang zu angemessenen, genauen und aktuellen Informationen über die wahren Eigentümer von Unternehmen haben. Am 10. März teilte die FATF mit, dass sie nun die Leitlinien aktualisiert hat, die den Ländern bei der Umsetzung der überarbeiteten Empfehlung helfen sollen. Der Leitfaden soll den Ländern dabei helfen, geeignete Maßnahmen im Einklang mit den überarbeiteten Empfehlungen umzusetzen. Damit soll sichergestellt werden, dass die Informationen über die wirtschaftlichen Eigentümer bei einer Behörde oder einer Einrichtung, die als Register für die wirtschaftlichen Eigentümer fungiert, Zugang zu den Informationen ermöglicht wird. In den Leitlinien werden die Arten und Quellen der relevanten Informationen sowie die Mechanismen und Quellen zur Beschaffung dieser Informationen erläutert.

Haftungsausschluss

Dieser Newsletter enthält Informationen über europäische Steuerpolitik und Entwicklungen, die aus offiziellen Dokumenten, Anhörungen, Konferenzen und der Presse stammen. Er spiegelt weder die offizielle Position der ETAF wider noch sollte er als schriftliche Erklärung im Namen der ETAF verstanden werden.

Hinweis

Die Übersetzung des englischen Originaltexts erfolgt maschinell. Der DStV steht nicht für die Richtigkeit der Übersetzung ein. Der Originaltext findet sich unter: News - European Tax Adviser Federation (etaf.tax)